

Pulsnitzer Tageblatt

Heimdrucker 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfachkonto Dresden 2133. Giro-Konto 148 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Art — hat die Verantwortlichkeit der Zeitung oder der Verlegerin keine Haftung für die Nichterfüllung der Zeitung oder für die Nichterfüllung der Zeitung. — Bei Abwesenheit des Verlegers: Die Verantwortlichkeit der Zeitung oder der Verlegerin. — Bei Abwesenheit des Verlegers: Die Verantwortlichkeit der Zeitung oder der Verlegerin.



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenlänge (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Anzeigengruppe (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.75 und RM 0.60. Restliche Zeilenlänge RM 0.75. — Bei zweifacher Einzeiligkeit der Anzeigengruppe durch Lage oder in Konjunkturfällen gelangt der volle Restbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Exemplar mit ältester Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großnaundorf, Brettna, Hauswilde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Gledersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Högnerberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. F. W. Moor) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 255 | | Dienstag, den 1. November 1927 | | 79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Im Monat November 1927 wird
am 5. ds. Mts.
die **Aufwertungssteuer** fällig. Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge zur Vermeidung zwangsweiser Verreibung alsbald an unser Steueramt abzuführen. Schriftliche Mahnung erfolgt nicht. Vom Tage der Fälligkeit der Steuer ab entstehen Verzugszinsen in Höhe von 10 v. H. jährlich;
am 15. ds. Mts.
das **Beitreibungsverfahren** wegen
Kirchensteuer 1927, 1. bis 3. Termin, gegen Säumige eingeleitet werden.
Pulsnitz, am 1. November 1927.
Der Stadtrat.

Bekanntmachung
Die städtischen Kollegien haben beschlossen, die **Strassenfluchtlinie der Sempelpfaste** neu festzulegen.
Der hierüber aufgestellte Fluchtlinienplan liegt vom 29. Oktober 1927 ab 4 Wochen im Baupolizeiamte zu jedermanns Einsicht aus. Etwaige Einsprüche können innerhalb 4 Wochen nach Beginn der Auslegung schriftlich oder zu Protokoll beim unterzeichneten Baupolizeiamt geltend gemacht werden.
Pulsnitz, am 27. Oktober 1927 **Der Stadtrat-Baupolizeiamt**

Mittwoch, den 2. November 1927, vorm. 11 Uhr
sollen in Pulsnitz, Rest. „zum Bürgergarten“ **1 Ausziehtisch, 1 Motorrad, mehrere Emailgefäße** meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz.

Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Tageblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Wie die Berliner Morgenblätter aus Salamanca melden, entstand im Dorfe Alcediano infolge Kurzschlusses in einer Hochspannungsleitung eine Feuersbrunst, die auf fast alle Häuser des Dorfes übergriff. Mehrere Personen wurden bei dem Versuch, die Zeitung zu durchschneiden, vom Strom getötet. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 10 Personen getötet und etwa 30 verletzt.
Nach einer Berliner Morgenblättermeldung aus Kattowitz wurde am 4. April d. J. durch die Kattowitzer Kriminalpolizei der deutsche Reichsanwalt (sic) Strzech, Schlichtmeister in Hindenburg, wegen Verdachtes der Spionage zu Gunsten Deutschlands verhaftet. Nach siebenmonatiger Untersuchungshaft mußte er auf freien Fuß gesetzt werden, da die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft völlig ergebnislos verlaufen waren.
Nach einer Meldung der Berliner Morgenblätter aus Karagin ist Roemede am Montag um 17.30 von Bender Abbas kommend dort eingetroffen.
Wie die „Politica“ meldet, soll in Sofia ein großes Waffen- und Munitionslager entdeckt worden sein, welches angeblich für eine kommunistische Revolution vorbereitet war. Die Revolutionäre hätten beabsichtigt, gegen König Boris ein Attentat zu verüben. Einzelheiten fehlen noch.
In Brasilien (America) ist ein Flugzeug abgestürzt. Die vier Insassen wurden tot aus den Trümmern herorgezogen.
Nach Meldungen aus Moskau soll es dort infolge Lebensmittelknappheit zu Straßendemonstrationen gekommen sein, die jedoch von der Polizei ohne Schwierigkeiten zerstreut werden konnten.
Musland wird an der nächsten Abflugskonferenz teilnehmen.
Durch den Orkan über England sind etwa 70 Menschen getötet worden.

Eine bedeutsame Kanzlerrede

Auslaß zum Wahlkampf — Stellungnahme zu den politischen Tagesfragen
Rundgebung für die evangelische Schule in Leipzig — v. Brittwitz deutscher Botschafter in Washington
Dr. Stresemann über die Wirtschaftslage Deutschlands

Rede Dr. Marx' in Essen.
Essen. Die Wahlen im kommenden Jahr werfen ihre Schatten voraus. Das politische Leben wird reger, überall politische Reden und Programmentwürfe. Man wird auch die Rede des Reichskanzlers Dr. Marx in Essen anlässlich einer großen Rundgebung der Zentrumspartei in diesem Namen betrachten müssen, andererseits ist sie eine bedeutende Stellungnahme des Kanzlers zu all den streitigen Fragen der Innen- und Außenpolitik.
Dr. Marx führte u. a. aus: Was sich jetzt auf der politischen Bühne abspiele, sei bereits, soweit die Parteien in Frage kämen, zum größten Teile Vorbereitung auf die Wahl. Erste Staatsöffnung habe das Zentrum zu seinen politischen Entscheidungen der letzten Jahre geführt und auch bei Bildung der jetzt bestehenden Koalition geleitet. Ruhige, politisch vernünftige und erfolgreiche Arbeit sei von der jetzigen Koalitionsregierung geleistet worden.
Die Republik sei gerade im letzten Jahre gefestigt worden.
Er bedauere, daß der Flaggenstreit jetzt mit einer Leidenschaft geführt werde, die das deutsche Volk in zwei Lager zu spalten drohe, und er würde noch mehr bedauern, wenn der nächste Wahlkampf etwa unter der Parole: hie Schwarz-weiß-rot, hie Schwarz-rot-gold geführt werden sollte. Wer ernstlich den Flaggenfrieden wolle, müsse dafür sorgen, daß die Flaggen von ein- und jezt nicht herabgesetzt, sondern geachtet und geehrt würden. Die Staatsform sei und bleibe die Republik. Unsere Außenpolitik weise seit einer Reihe von Jahren eine durchaus gerade Linie auf. Mit aller Entschiedenheit müsse darauf gehalten werden, daß auch von deutscher Seite nichts geschehe, was Mißtrauen auf der anderen Seite erwecken könnte. Er gebe der Ueberzeugung Ausdruck, daß die französische Regierung ihr gegebenes Versprechen in der

Einfluß besitze, den heute die Rechte habe: die Gleichberechtigung der drei Schularthen werde auf jeden Fall in einem Gesetz enthalten sein, das unter Mitwirkung des Zentrums zustande kommen solle. Er glaube, daß die überaus große Mehrzahl der Parteien ein Interesse daran habe, das Volksschulgesetz noch in dieser Legislaturperiode zu erledigen. Gleiches Recht für die verschiedenen Weltanschauungsgruppen sei das erste Erfordernis für ein Volksschulgesetz, das zweite Erfordernis sei gleiches Recht für das gesamte deutsche Reichsgebiet. Ein Aufruf zum gemeinsamen Kampf der bürgerlichen Parteien gegen die den Klassenhaß predigende Linke werde nach seiner Ueberzeugung im Zentrum keinen Anklang finden. Das Zentrum werde nach den kommenden Wahlen, über deren Zeitpunkt man noch nichts voraussagen könnte, und in die es ohne jede Bindung hineingehe werde, genau so wie früher mit den jetzigen Parteien Staatspolitik betreiben, die mit ihm zusammen die bisherige Politik im wesentlichen fortsetzen und auf dem Boden der Verfassung das Staatswohl fördern wollten.
Nach Dankesworten durch den Vorsitzenden der Zentrumspartei sprach der preussische Wohlfahrtsminister Hirtzfelder ausführlich über die Wohnungsfrage, wobei er betonte, daß angesichts der noch heute fehlenden 770 000 Wohnungen in Deutschland an ein Aufheben der Zwangswirtschaft zum 1. Januar 1928 nicht zu denken sei, sondern daß sie in Form eines sozial ausgestalteten Mietrechtes fortbestehen müsse.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Frühling im Oktober.
Die außergewöhnlich milde Witterung, die in den letzten Tagen in ganz Deutschland herrschte, ist, wie die öffentliche Wetterdienststelle Berlin mittelt, durch eine Westströmung veranlaßt worden, die vom Golfstrom angewärmte Luft nach Mitteleuropa bringt. Durch diese Strömung entsteht immer eine ganz charakteristische Luftdruckverteilung mit hohem Druck im Süden und tiefem Druck im Norden, die im Norden, wie zu erwarten war, Sturmsyphonen ausgelöst und im Süden und Mitteleuropa ungewöhnlich milde Temperatur verursacht hat. So beobachtete man in Borkum am 29. Oktober zum Beispiel Windstärke 11, während bei uns September-Witterung herrschte mit einem Tagesmittel von 14 bis 16 Grad.
Wie die Wetterstelle aus Aufzeichnungen, die bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts zurückreichen, festgestellt hat, ist ein derartig hohes Tagesmittel seit 1848 nicht mehr erreicht worden. Eine Höchsttemperatur von 18,2 Grad, wie wir sie jetzt hatten, ist sogar seit 1830 nicht mehr zu verzeichnen.
Da sich die Druckverteilung über Europa in meteorologisch absehbarer Zeit kaum ändern wird, ist weiter mit milder, wenn auch nicht ganz so warmer Witterung zu rechnen.

Frage der Besatzungsverminderung
loyal und im vollen Umfange des Zusicherungen erfüllen werde. Dabei erneuerten wir immer wieder den dringenden Hinweis auf unser Recht, die völlige Räumung des besetzten Gebiets zu verlangen. In der Frage der Kriegsschuld müßten und wollten wir lediglich vom Standpunkt der Moral und der Ehre aus kämpfen. Bezüglich des Schreibens des Reparationsagenten läge nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vor, anzunehmen, daß Parker Gilbert bisher seine Kompetenzen überschritten hätte oder in einem Deutschland unfreundlichen Sinne vorgegangen wäre.
Dr. Marx berührte jodann die bedeutsamen Vorgänge auf finanzpolitischem Gebiete, den vorläufigen Finanzausgleich, das Liquidationsgeschäft und die Besoldungsreform. Die in der Besoldungsvorlage vorgesehene Erhöhung der Beamtengehälter, die einem dringenden Bedürfnis entspricht, kann, wenigstens für das erste Jahr, aus den zur Verfügung stehenden Mitteln ohne neue Steuern gedeckt werden.

v. Brittwitz deutscher Botschafter in Washington?

Berlin, 1. November. Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, wird die Entsendung über die Neubestellung des deutschen Botschafters in Washington von bald nach der Rückkehr des Außenministers erfolgen, der heute nachmittags wieder in Berlin eintrifft. Nach den wachsenden Besprechungen kommt jetzt hauptsächlich nur noch der Botschafter v. Brittwitz in Frage, der bis er der deutschen Botschaft in Rom angehörte. Es heißt, daß für Herrn v. Brittwitz das Agreement in Washington bereits abgeschlossen worden sei.

Dr. Stresemann über die Wirtschaftslage Deutschlands

Berlin, 1. November. Nach den Morgenblättern ergriff Reichsaussenminister Dr. Stresemann auf dem Jahresessen der Ressource der Dresdener Kaufmannschaft in Dresden das Wort zu einer Rede, in der er u. a. ausführte: Wenn auch die Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahren eine glücklichere geworden sei, so dürfe doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Entwicklung erhebliche Gefahren in sich birge. Weniger Gefahren für die Gegenwart als Gefahren für die Zukunft. Das Uebermaß an Festen, an Bauten usw. entspreche nicht unserer tatsächlichen Lage und erwecke im Auslande den Eindruck, als wenn das deutsche Volk, das den Krieg verloren habe, sich Dinge leisten könne, die den Eigenstaaten verwehrt seien. Dies sei eine große wirtschaftliche und politische Gefahr für uns, der mit allen Mitteln entgegenzutreten werden müsse. Bedauerlich sei es, daß man im Auslande geneigt sei, mehr nach dem Schein zu urteilen. Dr. Stresemann wies weiter auf die Notwendigkeit der von der Reichsregierung erlassenen Verwaltungsreform hin. Der scharfe Gegensatz zwischen der Nationalisierung der Wirtschaft und der Verwaltung sei ein Schulbeispiel dafür, daß die von der Regierung begonnene Reform der Verwaltung berechtigt sei. Ein Volk könne nicht den größten Krieg der Weltgeschichte verlieren und sich ein Durcheinander und Nebeneinander von Behörden leisten, wie es in Deutschland der Fall sei. Kein Land solle gewungen werden,

Pulsnitz. (Ostindien.) Vor mehr als 200 Jahren wurden persönliche Beziehungen zwischen beiden geknüpft, als der Pulsnitzer Bartholomäus Ziegenbalg, der erste evangelische Missionar, nach Indien ging und dort die Mission der evang.-luth. Kirche begann. Handelsbeziehungen bestehen heute zwischen der Landschaft an der Pulsnitz und dem fernen Palmenlande: Fabriken in Großnaundorf, Brettna, Dhorn u. a. liefern ihre Erzeugnisse dorthin, Wänder und Gürtel, womit indische Frauen sich schmücken. So war es in gewissem Sinne auch von lokalem Interesse, als in der vergangenen Woche anlässlich einer Missionspredigtreise im Bezirk des Bartholomäusvereins zu Pulsnitz Juden gleichsam im Mittelpunkt dieser Missionsveranstaltung stand. Die sächsische Missionskonferenz, die sich die Förderung heimatlichen Missionslebens zur Aufgabe gemacht hat, hielt diese Predigt-

Das Schulgesetz
sei durch die Opposition durchaus mit Unrecht zu einer Finanzfrage gemacht worden. Ob das Volksschulgesetz von einer mehr nach rechts tendierenden Koalition gemacht werde oder von einer solchen, in der die Linke den

